

Hansestadt Stralsund
Der Oberbürgermeister
Büro des Präsidenten der
Bürgerschaft/Gremiendienst

Beschluss der Bürgerschaft

Zu TOP: 9.2

**Unterstützung der Leistungserbringer im Zusammenhang mit der geplanten
Landesverordnung Mecklenburg-Vorpommern zur Eingliederungshilfe**

**Einreicher: Fraktion DIE LINKE., Fraktion CDU/FDP, Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen/SPD/Piratenpartei**

Vorlage: AN 0015/2026

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft spricht sich deutlich gegen die im aktuellen Entwurf der Landesverordnung zur Eingliederungshilfe vorgesehenen Einschränkungen aus und fordert die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern auf, den Entwurf grundlegend zu überarbeiten.
2. Die Bürgerschaft unterstützt die Forderungen nach einer personell angemessenen, flexiblen und bedarfsgerechten Eingliederungshilfe, die Selbstbestimmung, Teilhabe und individuelle Unterstützung nachhaltig sichert.
3. Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister, sich bei der Landesregierung sowie im Städte- und Gemeindetag für den Erhalt und die Stärkung der bisherigen Standards in der Eingliederungshilfe einzusetzen.
4. Die Bürgerschaft bekundet ihre Solidarität mit den betroffenen Menschen, ihren Angehörigen sowie den Beschäftigten der Leistungserbringer und unterstützt deren Engagement für eine soziale, inklusive und menschenwürdige Eingliederungshilfe.

Beschluss-Nr.: 2026-VIII-02-0220

Datum: 05.03.2026

Im Auftrag

gez. Kuhn